

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Inga Wettig-Danielmeier
MdL zur Quotendiskussion
in der SPD: Der schwere
Weg zur Gleichstellung.
Seite 1

Freimut Duve MdB zur
Verhaftung der chilenischen
Journalistin Monica Gon-
zalez: Neuer Angriff auf die
Oppositionspresse in Chile.
Seite 3

Friedolin Scheuble zum
Umgang der CSU mit
Wackersdorf: Erst Wortkeu-
len - dann richtige Knüppel?
Seite 4

Helga Solinger MdL zu einer
Bundeswehr-Veranstaltung
in Baden-Württemberg:
Keine paramilitärischen
Übungen mit Schülern!
Seite 5

Dokumentation
Die Arbeitsgruppe SPD-
Bundestagsfraktion / Polni-
sche Vereinigte Arbeiterpar-
tei (PVAP) hat sich auf
ihrer jüngsten Sitzung mit
der Frage der strukturellen
Nichtangriffsfähigkeit be-
faßt. Kommuniqué
Seite 6

42. Jahrgang / 202

22. Oktober 1987

Der schwere Weg zur Gleichstellung

Zur Quotendiskussion in der SPD

Von Inga Wettig-Danielmeier MdL
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer
Frauen (ASF)

Es ist eine lange Geschichte. 1971 wurde die Schutzklausel für die Wahl von mindestens vier Frauen in den Parteivorstand gestrichen, weil insbesondere junge Frauen glaubten, in der SPD müßten sich Frauen auch ohne Schutzklausel durchsetzen können. In den Parteivorstand wurden in den darauffolgenden Wahlen statt vier nur noch zwei Frauen gewählt. 1977 verlangte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen eine paritätisch besetzte Gleichstellungskommission. Willy Brandt unterstützte das Anliegen, übernahm gemeinsam mit Elfriede Hofmann den Vorsitz. Die Kommission erarbeitete ein Konzept der Förderpläne für die Gleichstellung, über deren Erfolg jeweils zu den Parteitagten berichtet werden sollte.

Willy Brandt und der damalige SPD-Geschäftsführer Egon Bahr hielten schon damals aber eine Schutzquote in der Satzung für den besseren Weg. 1979 verabschiedete der Parteitag in Berlin die vorgelegten Vorschläge zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der SPD. Bis 1982 geschah nicht viel. Deshalb forderten die Frauen erneut eine Arbeitsgruppe Gleichstellung, die nicht nur Vorschläge für die Parteitage erarbeiten, sondern auch auf die Umsetzung der Beschlüsse hinwirken sollte. Die Arbeitsgruppe Gleichstellung arbeitet seitdem ständig, ist paritätisch aus Mitgliedern des ASF-Bundesvorstandes und des Parteivorstandes besetzt, gleichberechtigte Vorsitzende sind jeweils die ASF-Bundesvorsitzende und einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Partei; für zwei Jahre hatte Peter Glotz diese Aufgabe übernommen.

Der Essener Parteitag 1984 präzisierte die Vorstellungen und legte alle Parteigliederungen darauf fest, eine steigende Zahl von

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Genossinnen für Ämter und Mandate vorzuschlagen: „... das Ziel einer gleichberechtigten Vertretung von Männern und Frauen muß in erkennbaren Planschritten vollzogen werden“. Zwar gab es deutliche Fortschritte bei der Besetzung der Parteivorstände, aber insbesondere die Erfahrungen mit der Aufstellung für öffentliche Wahlen - der Frauen-Anteil der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages beträgt jetzt 16 Prozent - haben 1985 die ASF und 1986 die SPD in Nürnberg veranlaßt, feste Mindestschutzklauseln für Frauen (und Männer) zu beschließen.

Die Arbeitsgruppe Gleichstellung hat entsprechende Satzungsänderungsvorschläge vorgelegt, der Parteivorstand hat nunmehr diese Vorschläge aufgegriffen und Grundsätze zur Umsetzung des Nürnberger Parteitagsbeschlusses in die Satzung beschlossen. Dabei geht der Parteivorstand davon aus, daß Vorstände, Delegationen und Mandate so zu besetzen sind, daß in ihnen mindestens 40 Prozent Frauen beziehungsweise Männer vertreten sein müssen. Dieser Mindestanteil soll mit Hilfe des Wahlverfahrens gesichert werden. Für die innerparteilichen Funktionen soll sofort eine Mindestabsicherung von einem Drittel, ab 1994 von 40 Prozent gelten. Für Mandate soll die Umsetzung in drei Schritten - 1990 mindestens ein Viertel, 1994 ein Drittel und 1998 mindestens 40 Prozent - erfolgen.

Den SPD-Frauen ist dieser Zeitplan von zehn Jahren zu lang; sie wollen die Erfüllung der 40 Prozentquote noch bis 1994 durchsetzen. Die Ungeduld ist berechtigt. Dennoch liegen Kommentatorinnen und Kommentatoren falsch, die jetzt lamentieren, der ernste Wille zur Gleichstellung werde durch diesen Zeitplan in Frage gestellt. Wenn wir bedenken, daß seit Einführung des Frauenwahlrechts, seit 1918 also, immer wieder die Frage nach der Chancengleichheit für Frauen im passiven Wahlrecht gestellt und nicht gelöst worden ist, dann ist die Garantie auf ein Viertel Mandatsträgerinnen 1990, ein Drittel 1994 und circa die Hälfte 1998 ein ungeheurer Fortschritt. Zum ersten Mal rückt das gleiche passive Wahlrecht für Frauen in greifbare Nähe.

Um im Grundsatz eine strikte und verbindliche Regelung durchzusetzen, muß es für kleine Organisationsgliederungen Ausnahmen geben. Die Diskussion im Parteivorstand hat - ebenso wie auf der ASF-Bundeskonzferenz - ergeben, daß diese Ausnahmen so gering wie möglich sein müssen. Diskutiert wird, bei Ortsvereinsgrößen bis zu 50, bis 100 oder bis zu 150 Mitgliedern statt der Muß-Regelung eine Soll-Vorschrift zuzulassen. Solange der Mitgliederanteil der Frauen in der SPD bei 26 Prozent liegt, führen die normalen statistischen Schwankungen dazu, daß einzelne kleine Gliederungen so wenige Frauen unter den Mitgliedern haben, daß eine verbindliche Quote schwer oder gar nicht zu erfüllen ist. Helfen kann da nur eine Mitgliederwerbekampagne, gegebenenfalls auch eine sehr gezielte Kampagne für die Bereiche, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Wenn Frauen in der SPD mehr Chancen haben, sollte die Werbung nicht mehr so schwer sein.

Es ist an der Zeit, daß Frauen stärker in den Gestaltungsprozeß eingreifen, daß sie Ortsvereins- und politische Gremienarbeit durchsetzen, die ihren Bedürfnissen und den Bedürfnissen der Familie entsprechen. Politische Willensbildung und -entscheidung muß nicht langweilig sein, muß nicht gesundheitsschädlich und streßig sein, könnte sehr viel mehr den ganzen Menschen ansprechen. Die SPD tut gut daran, mit der Satzungsänderung deutlich zu machen, daß sie neue Mitglieder braucht, nicht nur zur Zahlung von Beiträgen, sondern vor allem zur Mitgestaltung von Politik.

(-/22.10.1987/rs/ks)

* * *



Neuer Angriff auf die Oppositionspresse in Chile

Zur Verhaftung der chilenischen Journalistin Mónica González

Von Freimut Duve MdB

Die chilenische Journalistin Mónica González, freie Mitarbeiterin der oppositionellen Zeitschriften „Análisis“, „Apsi“ und „Cauce“, ist vor wenigen Tagen in Santiago verhaftet worden. Sie war vor kurzem untergetaucht, nachdem sie vor einer drohenden Festnahme gewarnt worden war.

Seit dem 9. Oktober wird Frau González im Gefängnis von San Miguel festgehalten, weil - so der Innenminister - sie Präsident Pinochet beleidigt habe. Die Zeitschrift „Análisis“ vom 21. September 1987 hatte ein Interview mit dem Christdemokraten Andrés Zaldívar Larraín veröffentlicht, das Mónica González mit ihm geführt hatte. Die angeblich beleidigenden beziehungsweise kritischen Äußerungen, die Mónica González zur Last gelegt werden, hatte Andrés Zaldívar getan, was dieser inzwischen noch einmal öffentlich bestätigt hat.

Die Verhaftung von Frau González bedeutet einen neuen Versuch der Einschüchterung gegen die oppositionelle Presse in Chile; bereits vor einiger Zeit wurde der Chefredakteur der Zeitschrift „Apsi“, Marcelo Contreras, verhaftet, und sein Kollege bei „Análisis“, Juan Pablo Cárdenas, muß fast zwei Jahre lang jeden Abend ins Gefängnis und morgens um 6.00 Uhr wieder raus.

Die mutige Journalistin Mónica González gilt als die beste Sachkennerin der internen Verhältnisse der Junta und des Militärs. Ihre Reportagen über Interna der Streitkräfte, über die exorbitanten Ausgaben beim Bau der Luxusvilla des Diktators Pinochet u.a. haben in Chile erhebliches Aufsehen erregt.

Die Regierung, aber auch die Journalistenverbände der Bundesrepublik sind aufgerufen, bei den Behörden in Chile gegen diese neuerliche Verhaftung auf's schärfste zu protestieren. Das Vorgehen gegen Mónica González bedeutet auch die unmittelbare Gefährdung vieler anderer Journalisten, die sich in den letzten Jahren um eine offene publizistische Diskussion in Chile bemühen.

Ein Beitrag von Mónica González ist kürzlich in einem Band der von mir herausgegebenen Reihe rororo-aktuell erschienen: José Carrasco, „Chile, mein gemartertes Land“.

(-/22.10.1987/rs/ks)



Erst Wortkeulen - dann richtige Knüppel?

Zum Umgang der CSU mit Wackersdorf

Von Friedolin Scheuble
Sprecher der bayerischen SPD

Von „politischer Kultur“ ist in diesen Tagen viel die Rede. Die Formel ist allmählich abgegriffen, es bleibt jedoch die Notwendigkeit, das in der Politik notwendige Augenmaß zu definieren. Teil der politischen Kultur ist die Sprachkultur. Die Sprache, die Wortwahl der Politiker ist ein Seismograph für die politische Atmosphäre, für den Hitzeegrad - und indiziert den drohenden Siedepunkt, bei dem Denken und Handeln außer Kontrolle geraten.

Die SPD behauptet von sich nicht, besonders zimperlich in ihrer Wortwahl gegenüber dem politischen Gegner zu sein. Es gibt jedoch Grenzen. Und diese sind in letzter Zeit von CSU-Politikern weit überschritten worden. Manche CSU-Formulierungen sind nicht mehr steigerungsfähig. Sie legen die Befürchtung nahe, daß den Worten bald Taten folgen. Daß nach den Wortkeulen die richtigen Knüppel kommen:

Besonders hervorgetan hat sich in dieser Hinsicht ausgerechnet der Innenminister August Lang, der sich einst als CSU-Fraktionsvorsitzender im Landtag wegen seiner jovialen, schulterklopfenden Art einige Sympathien erworben hatte. Dieser gemütliche Lang verstieg sich im Februar 1986 zu der Behauptung, die SPD würde mit Terroristen gemeinsame Sache machen. Und dieser Lang bestätigte letzte Woche den unter seiner Verantwortung eingesetzten Berliner Knüppelpolizisten „gute Erfolge“.

Es kann eigentlich nur noch als barbarisch bezeichnet werden, wenn das Niederknüppeln von Demonstranten als Erfolg bewertet wird. Allein aus solchen Formulierungen läßt sich ablesen, daß die geplante Atomfabrik in der Oberpfalz sozial- und demokratieunverträglich ist.

Die CSU-Landtagsfraktion setzte unbegreiflicherweise noch eins drauf, indem sie erklärte, „Mitgefühl mit Demonstranten, die Verletzungen davongetragen haben, ist deshalb nicht angebracht“. Wie kann eine Partei, die das C in ihrem Namen führt, so gnadenlos sein?

Die SPD appelliert an die verantwortlichen Politiker der CSU: Haltet ein mit diesen Methoden des verbalen Totschlagversuchs!

(-/22.10.1987/rs/ks)



Keine paramilitärischen Übungen mit Schülern!

Vorfall in Baden-Württemberg wird ein parlamentarisches Nachspiel haben

Von Helga Solinger MdL

Schulische Veranstaltungen mit paramilitärischem Charakter sollten in unserem Land unterbleiben.

Es geht nicht an, daß an den Schulen Baden-Württembergs unter der Bezeichnung „Schulausflug“ Schülern auf angeblich harmlose Weise der Dienst an der Waffe während eines Truppenbesuchs schmackhaft gemacht werden soll.

Dies geschah jedoch bei einem Truppenbesuch einer 13. Schulklasse eines Konstanzer Gymnasiums am 19. und 20. Oktober. Dabei hat auch eine Schießübung unter Verwendung von Bundeswehrrmunition stattgefunden.

Bei dieser Veranstaltung hatten die Schüler auch in der Kaserne übernachtet und an einem „Kameradschaftsabend“ mit einem 50-Liter-Bierfaß teilgenommen.

Nach meiner Meinung ist gegen die Möglichkeit eines Truppenbesuchs, für den der Lehrkörper die pädagogische Verantwortung trägt, im Prinzip nichts einzuwenden. Abzulehnen ist es allerdings, wenn solche Informationsbesuche einen paramilitärischen Charakter bekommen.

Schulische Veranstaltungen dieser Art sollten unterbleiben.

Es wäre im übrigen schlimm, wenn es wirklich zuträfe, daß einem Schüler, der sich gegen diese Veranstaltung wandte, der Schulverweis kurz vor dem Abitur angedroht wurde. Ich fordere deshalb, daß jede Maßregelung oder Benachteiligung von Schülern unterbleibt, die sich gegen diese Veranstaltung gewandt beziehungsweise nicht daran teilgenommen haben.

In einer parlamentarischen Initiative habe ich die Landesregierung Baden-Württemberg zur Stellungnahme aufgefordert.

(-/22.10.1987/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION
=====

SPD/PVAP: Diskussion über strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

Die Arbeitsgruppe SPD-Bundestagsfraktion / Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) hat sich auf ihrer jüngsten Sitzung mit der Frage der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit befaßt. Darüber wurde die folgende Erklärung abgestimmt.

Die im Herbst 1984 von den Führungen der SPD-Bundestagsfraktion und des Abgeordnetenclubs der PVAP eingesetzte Arbeitsgruppe kam vom 19. bis 21. Oktober 1987 in Breidenbach bei Marburg zu einer weiteren Sitzung zusammen. Die Arbeitsgruppe setzte ihre Bemühungen fort, mit Vorschlägen für Maßnahmen politischer und militärischer Vertrauensbildung zur Festigung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beizutragen.

In der gemeinsamen Erklärung über den Besuch des SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel in Polen vom 1. Oktober 1987 ist der Arbeitsgruppe aufgetragen worden, sich mit den Kriterien für defensive Verteidigungsstrukturen in Europa zu befassen. Auf dieser Grundlage wurden in Breidenbach Abrüstungsmaßnahmen und Strukturveränderungen erörtert, die geeignet wären, um die Streitkräfte und Rüstungen beider Bündnisse zu Angriffshandlungen unfähig werden zu lassen. Über Grundelemente hierzu wurde im wesentlichen Einigkeit erzielt. Beide Seiten bleiben in engem Kontakt, um in naher Zukunft konkretisierte Vorschläge in Form eines gemeinsamen Dokuments vorzulegen.

Zur polnischen Delegation in Breidenbach, die unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Abgeordnetenclubs der PVAP, Ryszard Wojna, stand, zählte auch Professor Marian Dobrosielski. Für die SPD-Bundestagsfraktion nahmen die Abgeordneten Helmuth Becker, Parlamentarischer Geschäftsführer, Andreas von Bülow sowie Karsten Voigt teil.

(-/22.10.1987/rs/ks)

* * *

